



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 14.11.2025

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 20. November 2025, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 11.09.2025
2. Mitteilungen
3. **22-S-00-0001**
Fragestunde
4. **25-F-02-0011**
Belebung der Innenstadt
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.11.2025 -

Die Wiesbadener Innenstadt hat in den vergangenen Jahren deutlich an Attraktivität sowie Aufenthaltsqualität und dadurch auch an Kaufkraft verloren. Leerstände, sinkende Besucherzahlen, abnehmende Vielfalt im Einzelhandel und ein zunehmendes Sicherheitsdefizit prägen die Innenstadt. Trotz wiederholter Ankündigungen der Stadtpolitik fehlen bislang konkrete, koordinierte Maßnahmen, die kurzfristig Wirkung entfalten und die Innenstadt mittel-/langfristig spürbar beleben. Während andere Städte bereits umfassende Programme zur Wiederbelebung ihrer Innenstädte aufgelegt haben, fehlt es in Wiesbaden noch immer an einem ganzheitlichen und abgestimmten Konzept. Es mangelt an einer klaren Strategie, an koordinierten Verantwortlichkeiten und an einer aktiven Begleitung von Handel, Gastronomie, Kultur und Gründerszene. Statt vorausschauend zu handeln, wird häufig erst reagiert, wenn Probleme bereits offensichtlich sind.

Ziel muss es sein, Wiesbadens Innenstadt wieder zu einem lebendigen, sicheren und vielfältigen Ort zu machen, der Menschen anzieht, Gewerbetreibenden Perspektiven bietet und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Dafür braucht es ein sofort umsetzbares Programm, das kurzfristige Impulse mit langfristigen Strukturmaßnahmen verbindet - für mehr Aufenthaltsqualität, höhere Besucherfrequenzen und eine nachhaltige Entwicklung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung
 1. nimmt die in 2023 veröffentlichten Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ zur Kenntnis, wonach die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Wiesbadener Innenstadt in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist.
 2. erkennt den daraus resultierenden dringenden Handlungsbedarf, um die Innenstadt wieder zu einem lebendigen, sicheren und anziehenden Zentrum Wiesbadens zu entwickeln.
 3. spricht sich dafür aus, dass die Bürgerumfrage ‚Leben in Wiesbaden‘ künftig regelmäßig im zweijährigen Turnus durchgeführt wird, um Entwicklungen der Lebensqualität und insbesondere der Zufriedenheit mit der Innenstadt fortlaufend zu evaluieren und als Grundlage für zukünftige Entscheidungen zu nutzen.
- II. Der Magistrat wird gebeten, ein Sofortprogramm zur Belebung der Innenstadt zu erarbeiten und kurzfristig umzusetzen. Ziel muss sein, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, die Besucherfrequenz zu steigern und die Vielfalt im Einzelhandel, in der Gastronomie, im kulturellen Angebot und in der Gründerszene nachhaltig zu stärken.
- III. Zur Umsetzung dieses Ziels sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft, priorisiert und eingeleitet werden:
 1. **Zweckgebundene Reinvestition der Kurbeiträge**
Die Einnahmen aus dem Kurbeitrag sollen künftig gezielt zur Förderung von Innenstadtprojekten, Kulturveranstaltungen und Standortinitiativen verwendet werden. Dazu soll eine entsprechende Kommission ins Leben gerufen werden, die über den Einsatz entscheidet. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung eine Anpassung der Kurbeitragssatzung vorzulegen, die diese zweckgebundene Verwendung ausdrücklich vorsieht.
 2. **Stärkung und Erweiterung des City-Managements**
Das City-Management wird zur zentralen Schnittstelle zwischen Verwaltung, Gewerbetreibenden und Investoren ausgebaut und erhält die Befugnis zur aktiven Flächenvermittlung sowie zur Koordination temporärer Nutzungen.
 3. **Marketingstrategie „Wiesbaden“ beleben**
Wirtschaftsförderung, City-Management und WICM entwickeln gemeinsam - unter Einbeziehung der örtlichen Gewerbetreibenden - eine integrierte Marketingstrategie, die Wiesbaden als attraktive Einkaufs-, Kultur- und Erlebnisstadt positioniert (z. B. über Social Media, Influencer, Blogger, Events).

4. Verbesserung der Innenstadtbeleuchtung

Es soll ein Beleuchtungskonzept erarbeitet werden, das Angsträume reduziert, die Sicherheit erhöht und die Aufenthaltsqualität in den Abendstunden verbessert.

5. Sicherheit sichtbar verbessern

Präsenz, Ausstattung und Kontrollen der Stadtpolizei werden ausgebaut, insbesondere in den Abendstunden und an Brennpunkten.

6. Kulturelle Belebung der Innenstadt

Temporäre Veranstaltungsflächen und Spielstätten werden geschaffen, um Kultur im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und lokale Akteure zu fördern.

6.1 Sicherung des Verbleibs des Künstlerhaus43 in der Innenstadt

Der Magistrat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die im Rahmen der Sitzungsvorlage SV 25-V-41-0014 ursprünglich zugesagten Mittel (Restmittel aus dem IM-Projekt „Künstlerhaus43 Gebäudeerweiterung“) dem Künstlerhaus43 in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden, der notwendig ist, um das Theater auch künftig an einem Standort in der Innenstadt langfristig unterzubringen. Ziel ist es, dass das Künstlerhaus43 als Institution gesichert wird, weiterhin in der Wiesbadener Innenstadt verbleibt und als kulturelle Einrichtung aktiv zur Belebung des Innenstadtlebens beiträgt.

7. Attraktives Parken

Es soll ein Konzept zur Erleichterung des Parkens in der Innenstadt erarbeitet werden. Dabei sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie etwa vergünstigtes oder kostenfreies Parken in der Adventszeit oder bspw. an jedem ersten Donnerstag im Monat, um die Besucherfrequenz zu erhöhen und den Einzelhandel zu unterstützen (Gutscheintickets).

8. Gründerinnen, Gründer und Vielfalt fördern

Ein Startprogramm für Gründerinnen und Gründer in der Innenstadt wird aufgelegt, um Neueröffnungen zu ermöglichen und eine ausgewogene Nutzungsmischung sicherzustellen. Eine digitale Flächenbörse soll leerstehende Ladenlokale schneller vermitteln und die Vielfalt im Branchenmix stärken.

9. Steigerung der Aufenthaltsqualität

Zusätzliche Grünflächen, Sitzgelegenheiten und familienfreundliche Begegnungsorte (z. B. auf dem Mauritiusplatz oder entlang der Wilhelmstraße) werden geschaffen, um Verweildauer und Lebensqualität zu erhöhen.

10. Sauberkeit

Regelmäßige Reinigung und Pflege zentraler Plätze und Straßen werden sichergestellt, um einen dauerhaft gepflegten Gesamteindruck der Innenstadt zu gewährleisten.

- IV. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig, erstmals bis zum 28. Februar 2026, über den Umsetzungsstand des Sofortprogramms, erzielte Fortschritte und geplante Folgemaßnahmen.

5. 25-F-63-0061

Wiesbaden als Modellkommune für einen handlungsfähigen Staat

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt vom 03.09.2025 -

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ hat im Juli 2025 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 35 konkrete Empfehlungen vorgelegt, um Verwaltung und Politik in Deutschland schneller, transparenter und bürgernäher zu machen. Erarbeitet wurden diese Vorschläge von einem breit besetzten Expertenteam aus Politik, Justiz und Gesellschaft.

Ein zentrales Element des Abschlussberichts ist die Einrichtung von Modellkommunen, die neue Wege in der Verwaltungsmodernisierung erproben - etwa bei Genehmigungen, beim Bürgerservice oder in der Führungskultur. Erste Städte wie Bonn haben beim neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung bereits Interesse bekundet.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit Antrag Nr. 24-F-63-0091 im Februar 2025 bereits eine umfassende Initiative zur Verwaltungsmodernisierung gestartet. Die dort beschlossenen Maßnahmen - u. a. zur Stärkung übergreifender Prozesse, zum Bürokratieabbau, zur Serviceorientierung und zur Einrichtung eines Projekt Management Office - bilden eine solide Grundlage, um sich als Modellkommune auf Bundesebene zu profilieren.

Eine Bewerbung eröffnet die Chance, zusätzliche Impulse, Ressourcen und Sichtbarkeit zu gewinnen und Wiesbaden bundesweit als Vorreiterin einer modernen, offenen und reformorientierten Stadtverwaltung zu positionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob und wie sich Wiesbaden als Modellkommune im Sinne der Empfehlungen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ bewerben kann,
2. hierzu Kontakt mit dem zuständigen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung aufzunehmen, das Interesse Wiesbadens als Modellkommune zu bekunden und sich nach dem weiteren Verfahren sowie den Möglichkeiten einer Bewerbung zu erkundigen,
3. die zentralen Reformvorschläge aus dem Abschlussbericht der Initiative auf ihre Anwendbarkeit in Wiesbaden zu prüfen und dabei insbesondere Bezüge zu bereits beschlossenen Maßnahmen aus Antrag Nr. 24-F-63-0091 („Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren“) herzustellen. Ziel ist es, die Reformvorschläge aktiv aufzugreifen und Wiesbaden als Vorreiterin für eine moderne, bürgernahe Verwaltung zu positionieren.

6. 25-V-03-0012

Finanzielle Mittel für Schulsanierungen und Schulneubauten in dieser Wahlperiode, Anfrage der Die Linke - Fraktion vom 18.08.2025, Nr. 263/2025 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

7. 25-F-22-0106

Drogenszene in der Innenstadt - Stadt darf öffentliche Räume nicht aufgeben
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 12.11.2025 -

Die Drogenszene rund um den Luisenplatz hat sich in letzter Zeit wieder spürbar in Richtung Kirchenreulchen verlagert. Laut übereinstimmenden Berichten von Anwohnern, Geschäftsleuten und der Kirchengemeinde hat sich die Situation dort deutlich verschärft: Es kommt zu offenem Drogenkonsum und -handel, aggressivem Betteln, Diebstählen, Bedrohungen und zunehmendem Vandalismus.

Auch das Fachgeschäft Listmann gibt an, dass die Situation vor Ort zur Entscheidung beigetragen habe, das Geschäft zu schließen. Wie bereits in der Vergangenheit an der Rheinstraße sehen sich die Anrainer nun auch am Kirchenreulchen laut Presse gezwungen, einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren. Die Einstellung privater Sicherheitsdienste verdeutlicht das Ausmaß des Vertrauensverlustes in die öffentliche Sicherheit.

Die Reaktion des Magistrats beschränkt sich derweil auf den Verweis auf die laufende Evaluierung der Situation durch die zuständigen Fachstellen. In der Öffentlichkeit entsteht berechtigterweise der Eindruck, dass immer mehr öffentliche Räume in Wiesbaden aufgegeben und der Verwahrlosung preisgegeben werden, z.B. am Hauptbahnhof, den Reisinger-Anlagen, dem Platz der deutschen Einheit und am Luisenplatz

Dabei kann die jetzige Situation nicht durch bloßes Abwarten und Beobachten gelöst werden. Die Stadt und die Polizei müssen in der Lage sein, öffentliche Räume zurückzugewinnen, bevor sich dort rechtsfreie Räume entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zusammen mit der Landespolizei und in Absprache mit den Anliegern kurzfristig ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation am Luisenplatz und den angrenzenden Bereichen zu entwickeln und umzusetzen. Dieses soll insbesondere enthalten:

- a. eine substanzielle und dauerhafte Erhöhung der Präsenz der Stadtpolizei
- b. eine deutliche Erhöhung des Kontrolldrucks zur Verhinderung des Drogenhandels
- c. eine bessere nächtliche Ausleuchtung, um das Sicherheitsgefühl zu verstärken und Kriminelle zu vertreiben.

8. 25-F-63-0078

Gesamtstrategie „Suchthilfe und Prävention statt Verdrängung“

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 11.11.2025 -

Weiterentwicklung der kommunalen Strategien zur Reduzierung des Konsums illegaler Substanzen und zur Stärkung von Prävention und Unterstützung

Die Rathauskooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt hat bereits wichtige Maßnahmen eingeleitet, um das Drogenproblem anzugehen. Wir haben in den betroffenen Stadtteilen die Streetwork-Angebote verstärkt und die mobile Drogenhilfe und aufsuchende Suchtberatung ausgebaut. Die Mittel für Suchthilfeeinrichtungen wurden deutlich erhöht, um Beratungs- und Präventionsarbeit leisten zu können. Die Zusammenarbeit zwischen den Träger*innen der Suchthilfe und dem Gesundheitsamt wurde kontinuierlich verbessert. Auch Präventionsangebote an Schulen und Jugendtreffs konnten so optimiert werden.

Diese Ansätze sind sozial- und gesundheitspolitisch richtig und notwendig. Dennoch zeigt sich, dass der Hilfebedarf aufgrund veränderter Konsummuster und psychischer Belastungen weiter steigt. Damit Wiesbaden seinem sozialen Auftrag gerecht bleibt, bedarf es einer fortlaufenden Weiterentwicklung der lokalen Strategien.

Hierbei müssen auch weitere Zielgruppen in den Blick kommen: So setzen kriminelle Drogenringe oft Menschen in prekären Lebensverhältnissen als Dealer ein, um ihre Waren zu verkaufen. Diese Kleindealer geraten häufig ins Visier der Ordnungsbehörden. Ihre Verfolgung löst die strukturellen

Probleme des illegalen Drogenhandels nicht. Kleindealer sind selbst Opfer der mafiösen Strukturen im Drogenhandel. Daher braucht es Aussteiger*innenprogramme und sozialpolitische Lösungen, um den Straßenverkauf wirksam einzudämmen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) eine **Gesamtstrategie "Suchthilfe und Prävention statt Verdrängung"** zur Reduzierung des Konsums illegaler Substanzen und zur Stärkung der Suchthilfe vorzulegen. Diese soll insbesondere beinhalten:
 - a) eine regelmäßige Bedarfserhebung zu Konsumtrends und sozialen Folgen in Kooperation mit Suchtberatungsstellen, Polizei und Gesundheitsdienst,
 - b) die Prüfung weiterer niedrigschwelliger Aufenthalts- und Beratungsräume nach dem Prinzip der akzeptierenden Drogenarbeit,
 - c) die dauerhafte Sicherung und personelle Stärkung der Streetwork-Teams,
 - d) die Schaffung eines stadtweiten Arbeitskreises „Drogen und Gesundheit“ mit Beteiligung von Betroffenen, Fachstellen und Politik.
 - e) bei erfolgreicher Evaluation das Pilotprojekt zum Drug Checking als dauerhaftes niedrigschwelliges Angebot der Suchthilfe zu etablieren.
 - f) Aussteiger*innenprogramme für Kleindealer.
 - g) Einen Abgleich mit den bestehenden Angeboten der städtischen Arbeitsgemeinschaft #wohin, um Doppelstrukturen zu vermeiden.
- 2) **präventive Bildungsarbeit** an Schulen und Jugendzentren auszubauen, insbesondere zu psychischer Gesundheit, Suchtprävention und sozialer Teilhabe. Vorschläge diesbezüglich sollen als weitere Bedarfe für die kommenden Haushaltsberatungen angemeldet werden.
- 3) **Wohn- und Tagesstrukturangebote** für suchtkranke Menschen zu erweitern, um Wege aus der Sucht und Perspektiven für Stabilisierung zu ermöglichen. Vorschläge diesbezüglich sollen als weitere Bedarfe für die kommenden Haushaltsberatungen angemeldet werden.
- 4) dem Stadtparlament jährlich einen **Bericht** der Maßnahmen vorzulegen, einschließlich Evaluationsdaten und sozialer Indikatoren.
- 5) Bezüglich der aktuellen Problematiken mit Drogenkonsum im Kirchenreulchen wird der Magistrat gebeten, kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation in die Wege zu leiten. Dabei soll eine langfristige Hilfe und keine kurzfristige Verdrängung das Ziel sein.

Der nachfolgende Punkt wurden bereits zweimal verschoben:

9. 25-F-10-0012

Einwände würdigen, Planungen aussetzen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 25.06.2025 -